



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten

vom 13.02.2026 bis 20.02.2026

Arbeitskreis für Religionsfreiheit – Menschenrechte – verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Bangladesch: Bischof Gomes zur Parlamentswahl	3
Bangladesch: Was das neue Parlament für Christen bedeutet	4
China: Pastor und Kirchenältester zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt	5
Deutschland: Abschiebung von ägyptischem Familienvater verhindert	6
Iran: Opfer der Islamischen Republik - Gewalt und Todesfälle	7
Kenia: Nach Angriff auf eine anglikanische Kirche	9
Kolumbien: Zahl der Kindersoldaten nimmt zu	10
Kongo: Angriff auf katholische Pfarrkirche in Ituri	11
Myanmar: Im Staat Chin - Neue katholische Kirche	12
Nigeria: Das Morden geht weiter	13
Nigeria: Im Bundesstaat Kaduna wurden 30 Personen entführt	14
Nigeria: Neun aus katholischer Kirche entführte Kinder wieder frei	15
Nordkorea: Missionar freigelassen	16
Pakistan: "Kirchen und Moscheen sollten Zentren des Mitgefühls und des Friedens sein"	17
Pakistan: Blinder Christ wegen Blasphemie angeklagt	18
Pakistan: Diskriminierung mittels Verwaltungstricks	20
Pakistan: „Anschläge auf Kultstätten stärken die Einheit unter den Gläubigen in Pakistan“	22
Südsudan: Fastenbotschaft von Bischof Hiiboro Kussala	23
Thailand: Jesus im Rotlichtmilieu	24
Türkei: Weist Vorwürfe gezielter Ausweisung von Christen zurück	25
Uganda: Priester gegen Kautionsfreilassung freigelassen	26
Ukraine: Christsein unter erschwerten Bedingungen	27
Weltweit: Ramadan-Romantik unter Lichterketten	28

Bangladesch: Bischof Gomes zur Parlamentswahl

"Christen hegen große Hoffnung für die Zukunft"

Dhaka (Fidesdienst) – „Wir waren positiv beeindruckt davon, dass die Wahlen völlig friedlich verliefen. Es gab keine Opfer und keine Gewalt im Zusammenhang mit den Wahlen: Das ist in der Geschichte Bangladeschs beispiellos. Die allgemeine Stimmung war sehr gut, von großer Begeisterung geprägt“, so der Weihbischof der Erzdiözese Dhaka, Subroto Boniface Gomes, gegenüber Fides in einem Kommentar zu den Parlamentswahlen vom 12. Februar. „Wir haben beeindruckende Sicherheitsmaßnahmen gesehen und Soldaten, die das Gebiet und die Wahllokale bewachten. Die Menschen konnten ihr demokratisches Wahlrecht in aller Ruhe ausüben“, bemerkt der Bischof.

Die Wahl brachte den Sieg der „Bangladesh Nationalist Party“ (BNP): „Soweit ich das beurteilen kann“, so Bischof Gomes, „ist dies eine Partei, die von den Minderheiten in Bangladesch im Allgemeinen wegen ihrer gemäßigten Haltung gegenüber den islamistischen Parteien geschätzt wird. Ich stelle fest, dass die bangladeschischen Christen im Großen und Ganzen mit der Geschichte der BNP zufrieden sind und große Hoffnungen für die Zukunft hegen“.

Der Vorsitzende der BNP, Tarique Rahman, hat für den heutigen 13. Februar einen Gebetstag in ganz Bangladesch ausgerufen. „Wir haben diese Aufforderung als ein sehr wichtiges Zeichen verstanden: Es bedeutet, auch das öffentliche Leben wieder auf eine spirituelle Ebene zu bringen. Wir hoffen, dass der Vorsitzende der BNP, der seit 17 Jahren in England lebt, aus dieser Erfahrung etwas Gutes für unser Land mitbringen kann. Er hat deutlich gemacht, dass die Nation Frieden und Stabilität braucht und dass wir alle gemeinsam dafür arbeiten müssen. Als Christen teilen wir diesen Ansatz“, so der Weihbischof.

Die Wahlkommission gab unterdessen bekannt, dass die Wahlbeteiligung bei 60 % lag. Die „Bangladesh Nationalist Party“ (BNP) hat die Mehrheit bei den ersten Wahlen im Land gewonnen, seit studentische Proteste im August 2024 die 15-jährige Herrschaft der ins Ausland geflohenen Politikerin Sheikh Hasina beendet hatten. Hasinas Partei, die „Awami League“, durfte nicht an diesen Wahlen teilnehmen.

Nach den noch nicht endgültigen Ergebnissen hat die BNP über 212 der 300 Sitze im Parlament errungen, was einer Mehrheit von mehr als zwei Dritteln entspricht, während das Bündnis islamistischer Gruppen unter Führung der „Jamaat-e-Islami“ etwa 76 Sitze erhalten haben soll.

Die BNP wird von Tarique Rahman (60) angeführt, der nach siebzehnjährigem Exil in Großbritannien in sein Land zurückgekehrt ist, ist der Sohn der dreimalige Premierministerin Khaleda Zia, die am 30. Dezember verstorben ist. Rahman wird als Premierminister die neue Regierung führen. Die bangladeschischen Wähler haben in einem Referendum mit großer Mehrheit auch einige institutionelle Reformen gebilligt, um die Rückkehr eines autoritären Regimes zu verhindern.

Pater Peter Chanel Gomes, Priester in Dhaka und Nationaldirektor der Päpstlichen Missionswerke im Land, fügt gegenüber Fides hinzu: „Die Wahl hat gezeigt, dass die Demokratie in Bangladesch lebendig und stark ist. Für viele Bürger waren diese Wahlen eine Erleichterung angesichts von Korruption, Unruhen und Unsicherheit. Die Menschen haben frei und sicher gewählt. Der von Freiheit und Optimismus geprägte Wahltag hat gezeigt, dass das Volk wirklich zur Zukunft des Landes beitragen kann, wenn es die Möglichkeit dazu hat.“

(PA) (Fides 13/2/2026)

Bangladesch: Was das neue Parlament für Christen bedeutet

Nach dem Sturz der Premierministerin gewinnt islamistische Partei an Einfluss

Dhaka/Kelkheim (IDEA) – Im mehrheitlich muslimischen Bangladesch blicken die dortigen Christen nach dem Wahlsieg der nationalistischen Partei „Bangladesh Nationalist Party“ (BNP) mit gemischten Gefühlen in die Zukunft. Das teilte der Referent für Presse und Online des überkonfessionellen Hilfswerks Open Doors (Kelkheim bei Frankfurt am Main), Jens Fischer, der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA mit. Zum Hintergrund: Nach schweren Unruhen im Jahr 2024 trat die damalige Premierministerin Sheikh Hasina am 5. August zurück und floh außer Landes. Ein Straftribunal verurteilte die säkular geprägte Muslima später in Abwesenheit wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zum Tode. Ihre Awami-Partei ist aktuell nicht aktiv. Übergangsweise übernahm der Friedensnobelpreisträger Muhammad Yunus die Staatsgeschäfte. Mit dem Wahlsieg der muslimisch-konservativen BNP am 12. Februar heißt der neue Premierminister Tarique Rahman. Er ist der Sohn der ehemaligen Premierministerin Khaleda Zia (1945–2025) und des Ex-Präsidenten Ziaur Rahman (1936–1981). Zia war die größte Rivalin von Sheikh Hasina. Der 60-Jährige kehrte erst im Dezember 2025 nach 17 Jahren aus dem Exil in London zurück. Er versprach, sich für die Demokratie im Land einzusetzen. Am 17. Februar legte Rahman den Amtseid ab.

Islamistische Parteien gewinnen an Einfluss

Wie Fischer ausführt, hat mit der BNP zwar eine Mitte-Rechts-Partei die Regierung übernommen, doch islamistische Parteien hätten „mehr Sitze als je zuvor errungen“. „Islamistische politische Bewegungen haben in der Politik Bangladeschs sowohl an Sichtbarkeit als auch an Einfluss gewonnen“, erklärte er. Christen – insbesondere ehemalige Muslime – befürchten, dass diese Entwicklung ihren Alltag erschweren könnte. Insgesamt geht die Verfolgung religiöser Minderheiten derzeit weniger vom Staat aus, sondern hauptsächlich von Familie und Gesellschaft. Das bekämen aktuell besonders Hindus zu spüren, da Sheikh Hasina nach Indien geflohen sei. Doch auch Christen hätten Drohungen im Vorfeld der Wahlen erlebt (LINK: www.idea.de/artikel/bangladesch-druck-auf-christen-vor-parlamentswahl-waechst). Open Doors kündigte an, das politische Geschehen weiterhin eng zu beobachten. Fischer: „Wir fordern alle Politiker, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit, nachdrücklich auf, dafür zu sorgen, dass Recht und Ordnung im ganzen Land gewahrt bleiben, und sich dafür einzusetzen, dass alle im Referendum gemachten Zusagen umgesetzt werden.“ Bangladesch liegt aktuell auf Platz 33 des Weltverfolgungsindexes. Von den rund 176 Millionen Einwohnern des Landes sind 89 Prozent Muslime und neun Prozent Hindus. Christen machen weniger als ein Prozent der Bevölkerung aus.

China: Pastor und Kirchenältester zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt

Die Christen befinden sich bereits seit über zwei Jahren im Gefängnis

Hefei (IDEA) – In der ostchinesischen Stadt Hefei (Provinz Anhui) hat ein Gericht einen Pastor und seinen Kirchenältesten zu mehrjährigen Haft- und zusätzlichen Geldstrafen verurteilt. Das berichtet die italienische Internetplattform „Bitter Winter“ (Turin). Es handelt sich um den Ältesten Ding Zhongfu und Pastor Zhou Songlin. Zhou erhielt eine Freiheitsstrafe von vier Jahren und sechs Monaten sowie eine Geldstrafe in Höhe von umgerechnet 3.700 Euro. Ding wurde zu vier Jahren Gefängnis und umgerechnet 3.400 Euro Geldstrafe verurteilt. Zusätzlich ordnete das Gericht den Verkauf beschlagnahmten Eigentums und die Auflösung eingefrorener Bankkonten an. Ding und Zhou wurden bereits am 30. November 2023 bei Razzien inhaftiert. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA hatten die beiden Männer daraufhin im März 2024 als „[Gefangene des Monats](#)“ benannt. Die Christen gehören der Ganquan Hauskirche an, die laut „Bitter Winter“ über 400 Mitglieder hat. Sie lehnt es ab, sich der staatlich kontrollierten evangelischen Drei-Selbst-Bewegung anzuschließen. Wie in vielen anderen Fällen nutzte die kommunistische Regierung den Vorwurf des Betrugs, um gegen die Hauskirche vorzugehen. Dieser wird häufig gegen Leiter christlicher Gemeinden vorgebracht, die sich nicht der Kontrolle der kommunistisch gelenkten Behörden unterwerfen. In der rund 1,4 Milliarden Einwohner zählenden Volksrepublik leben nach Schätzungen bis zu 130 Millionen Christen. Viele von ihnen treffen sich in staatlich nicht registrierten Gemeinden, die besonderer Diskriminierung und Verfolgung ausgesetzt sind.

Deutschland: Abschiebung von ägyptischem Familienvater verhindert

Münster: Die koptisch-orthodoxe Gemeinde betete vor der Abschiebehaftanstalt

Münster (IDEA) – In letzter Minute hat ein Gericht in Münster die Abschiebung eines ägyptischen Familienvaters gestoppt. Der koptisch-orthodoxe Christ hatte einen entsprechenden Eilantrag gestellt. Das bestätigte die stellvertretende Pressesprecherin des Verwaltungsgerichts Münster, Anna Schrader, der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA. Ursprünglich sollte die gesamte vierköpfige Familie abgeschoben werden, erklärte sie. Aufgrund der schweren Erkrankung der Ehefrau war dies aber nicht möglich. Die zuständige Ausländerbehörde des Kreises Warendorf hatte daraufhin die alleinige Abschiebung des Mannes am 13. Februar angeordnet. Das untersagte das Gericht. Ein solches Vorgehen hätte, so das Gericht, dem im Grundgesetz verankerten Schutz der Familie widersprochen.

Familie gab Verfolgung als Asylgrund an

Schrader zufolge hat sich die Familie in ihrem Asylverfahren darauf berufen, dass sie wegen ihres koptisch-christlichen Glaubens verfolgt werde. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) habe den Antrag 2022 aber abgelehnt. Dagegen hätten die ägyptischen Christen Klage eingereicht, die am 6. Februar 2024 abgewiesen worden sei. Das Gericht habe damals in seiner Urteilsbegründung ausgeführt, dass es keine „Gruppenverfolgung“ von koptischen Christen in Ägypten annimmt. Einer individuellen Verfolgung könne die Familie durch einen Umzug innerhalb ihrer Heimat ausweichen – es gebe also eine inländische Fluchtalternative. Über den weiteren Verlauf in dem Verfahren entscheide nun die Ausländerbehörde in Warendorf, so die Sprecherin.

Die Familie hatte sich gut in Deutschland integriert

Der Metropolit der koptisch-orthodoxen Kirche in Deutschland, Generalbischof Anba Damian (Höxter), zeigte sich gegenüber IDEA dankbar über die Entscheidung des Verwaltungsgerichts. Er äußerte sein Unverständnis über die zeitweise drohende Abschiebung des Familienvaters. Die Kinder seien noch minderjährig. Zudem lebe die Familie bereits seit über vier Jahren in Deutschland und sei gut integriert. Solange es rechtlich möglich gewesen sei, habe der Vater gearbeitet. Die Ehefrau habe eine Ausbildung angestrebt. Die Mitglieder der koptisch-orthodoxen Gemeinde in Münster, zu der die Familie gehört, habe das Schicksal sehr betroffen gemacht. Daher habe er sich mit Gemeindemitgliedern und dem Diakon der Ortsgemeinde, Amgad Soweha (Münster), am Tag vor der geplanten Abschiebung vor der Haftanstalt in Büren getroffen und dort gemeinsam mit ihnen für den dort inhaftierten Familienvater gebetet. Es habe sich dabei nicht um eine Protestaktion gehandelt, so Damian. Über eine Stunde seien sie im Regen gestanden und hätten gebetet, dass Gott eingreifen möge. Sie hätten dadurch auch ihren Gefühlen, ihrem Mitleid und ihrer Trauer Ausdruck verschafft. Die koptisch-orthodoxe Kirche hat ihre Wurzeln in Ägypten und hat eine reiche Tradition. Sie zählt zu den ältesten Kirchen weltweit. In Deutschland sollen rund 10.000 bis 15.000 koptisch-orthodoxe Gläubige leben.

Iran: Opfer der Islamischen Republik – Gewalt und Todesfälle

IGFM: Iran-Bericht vom 17. Februar 2026

52. Tag der Revolution – Im Zeitraum vom 11. Februar bis 17. Februar 2026 blieb die Menschenrechtslage im Iran weiterhin äußerst angespannt und ist geprägt von systematischen Repressionsmaßnahmen staatlicher Stellen. Regimeschergen gehen landesweit mit Härte gegen tatsächliche oder mutmaßliche Regimekritiker vor. Neben fortdauernden Festnahmen im Zusammenhang mit Protestaktivitäten richten sich die Maßnahmen zunehmend auch gegen Familienangehörige von Opfern, Studierende, Gewerkschaftsvertreter und -Vertreterinnen sowie Personen, denen regierungskritische Äußerungen in sozialen Netzwerken vorgeworfen werden. Gleichzeitig bestehen weiterhin erhebliche Einschränkungen der Informations- und Kommunikationsfreiheit, wodurch eine unabhängige Überprüfung der tatsächlichen Lage erheblich erschwert wird. Insgesamt zeigt sich somit auch im aktuellen Berichtszeitraum ein fortdauerndes Muster schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen.

Die neueste Datenlage von HRANA zeigt, dass die Gesamtzahl der bestätigten Todesfälle bis zum Ende des fünfzigsten Tages seit Beginn der Proteste bei 7.015 liegt.

Die Zeitung *The Guardian* und weitere Berichte meldeten sogar über 30.000 Todesopfer. Aufgrund der anhaltenden Einschränkungen der Berichterstattung geht die IGFM davon aus, dass die tatsächliche Zahl der Todesopfer deutlich höher, als die von der Nachrichtenagentur HRANA bestätigte Zahl, ist.

Opfer der Islamischen Republik: Gewalt und Todesfälle

Tina Nourali (27) wurde am 9. Januar in der Nähe des Haft-Hoz-Platzes in Teheran von den Streitkräften der Islamischen Republik angeschossen, verletzt und anschließend verhaftet. Nach einer Woche ohne jegliche Nachricht erhielt ihre Familie ihre Leiche zurück und begrub sie auf dem Behesht-Zahra-Friedhof.

Quellen aus dem Umfeld der Familie berichten, dass es Hinweise auf eine Schusswunde gibt, die ihr nach ihrer Festnahme zugefügt wurde und zu ihrem Tod führte. Die Menschen erinnerten sich immer an ihr strahlendes, hoffnungsvolles Lächeln, das jeden Raum erhellte. Als Metallurgie-Ingenieurin war sie engagiert und kompetent in ihrem Fachgebiet. Privat spielte sie gerne Geige.

Der 14-jährige **Sam Sohbatzadeh**, ein kurdischer Junge aus Khalkhal in der Provinz Ardabil und Einwohner von Qods (Hasan Khan Castle) in Teheran, wurde am 8. Januar während der landesweiten Proteste auf der Straße durch einen direkten Schuss getötet. Seine Mutter trug seinen Leichnam zunächst auf den Schultern bis nach Hause und seine Familie brachte ihn anschließend mit dem Auto nach Khalkhal.

Abbas Deljoui, geboren 2004 in Ramsar, Student der Veterinärmedizin an der Shahid-Chamran-Universität in Ahvaz, nahm am 8. Januar an den Straßenprotesten in der Kianpars-Straße in Ahvaz teil und wurde von Agenten der Regierung der Islamischen Republik Iran festgenommen. Aufgrund des Drucks, den die Regierung auf seine Familie und Freunde ausübte, entschied diese sich gegen eine Berichterstattung in den Medien.

Am 4. Februar wurde er unter Auflagen und gegen Kautions aus dem Gefängnis entlassen und seine Gerichtsverhandlung auf den 17. Februar verschoben. Leider erlitt er in den frühen Morgenstunden des 16. Februars einen Schlaganfall und einen Herzstillstand und das, obwohl der 22-Jährige weder an einer Herzerkrankung noch an einer anderen spezifischen Krankheit litt. Berichten zufolge wurden die Verhafteten im Gefängnis gezwungen, täglich Tabletten einzunehmen – angeblich „Antibiotika“, um eine Infektion ihrer Wunden zu verhindern. Nach der Entlassung aus dem Gefängnis sind die Opfer in hohem Maße von neuen Krankheiten und Infektionen betroffen, viele sterben an den Folgen der zwangsweise verabreichten Medikamente.

Willkürliche Festnahmen und Hinrichtungsgefahr

Ehsan Hosseini Pour, Matin Mohammadi und Erfan Amiri sollen Berichten zufolge gefoltert worden sein, um sie zu einem Geständnis zu zwingen. Sie sollen in Pakdasht eine Moschee in Brand gesteckt haben. Ihr Schauprozess wurde im staatlichen Fernsehen übertragen. Sie laufen Gefahr, sofort hingerichtet zu werden. Erzwungene Geständnisse sind eine Methode des islamischen Regimes, um junge Demonstranten ohne ein faires Verfahren oder einen Anwalt hinzurichten.

Der 17-jährige Boxer und Student **Shayan Hadian** aus Isfahan wurde wegen angeblichen Raubes verhaftet. Nun droht ihm die Hinrichtung.

Anna Barani, eine 23-jährige Bloggerin, wurde zum Informationsschalter vorgeladen und unter Druck gesetzt, ein erzwungenes Geständnis abzulegen. Noch bevor ein Urteil gefällt wurde, wurden ihre persönlichen Vermögenswerte beschlagnahmt und ihr eine Geldstrafe von 500 Millionen Tomans (umgerechnet 680 Euro) auferlegt. Die letzte von ihr veröffentlichte Nachricht lautete: „Bitte helft mir, ich habe große Angst vor dem Gefängnis.“

Die 23-jährige Englischlehrerin **Aida Kushki** wurde am 2. Februar in Shahadabad in der Provinz Kermanshah verhaftet. Seitdem liegen keine Informationen über ihren Haftort, ihren Gesundheitszustand oder ihren rechtlichen Status vor.

Mohammad Reza Abdollahpour (28), Anästhesietechniker am Atiyeh-Krankenhaus und in der Saadat-Abad-Klinik in Teheran, wurde festgenommen, als er einem Verletzten geholfen hatte. Nun droht ihm die Hinrichtung. Er hat keine Familie, die sich um seinen Fall kümmern könnte.

Gewalt mit militärischer Unterdrückung

Wie Iran International aus informierten Kreisen erfahren hat, haben Regierungstruppen am Montag, dem 16. Februar, ein Dorf im Westen des Iran gestürmt, das Gebiet umzingelt und Hunderte von Einwohnern festgenommen. Die Razzia richtete sich gegen das Dorf Chenar im Bezirk Asadabad in der Provinz Hamedan.

Dabei wurden Dutzende gepanzerte Fahrzeuge zusammen mit fünf Kleinbussen und Transportern eingesetzt. Die bewaffneten Einheiten positionierten vier schwere Maschinengewehre auf den Dächern des Dorfes, wie die Quellen berichteten.

Im Berichtszeitraum gedachten Menschen im Iran des 40. Tages seit den Massakern vom 8. und 9. Januar 2026. Dieser Tag wird „Chehelom“ genannt und ist ein traditionell bedeutsamer Trauertag in der iranischen Kultur. An vielen Orten fanden Gedenkveranstaltungen an den Gräbern der Getöteten statt, bei denen Familien, Freundinnen und Freunde ihrer Angehörigen gedachten und ihre Trauer öffentlich zum Ausdruck brachten. In einigen Fällen wurden die Zeremonien bewusst als Akt des Protests inszeniert und mit Musik, gemeinsamen Bewegungen und Symbolen des Widerstands verbunden, um sowohl Trauer als auch Unmut über das staatliche Vorgehen auszudrücken. Regimeschergen waren ebenfalls anwesend. Sie verhinderten teilweise, dass die Familien die Gedenkfeier abhalten konnten, und versuchten mit ihrer bewaffneten Präsenz eine Atmosphäre der Einschüchterung zu erzeugen, um jegliche Form von Zusammenkünften zu verhindern.

Es gibt Berichte über die Entführung von Schülern aus Klassenzimmern und Wohnungen, eine Welle gewaltsamer Verhaftungen von Jugendlichen in iranischen Schulen und das Verschwinden ganzer Familien.

Seit Beginn der landesweiten Proteste im Dezember 2025 gibt es zahlreiche Berichte aus dem Iran über gewaltsame Verhaftungen und Entführungen von Jugendlichen und Schülern. Oftmals erhalten die Familien tagelang oder sogar wochenlang keine Nachrichten über ihre Kinder. Dieses Phänomen wird als „erzwungenes Verschwinden“ bezeichnet.

So drangen die Regimeschergen oft in Zivilkleidung gewaltsam in Klassenzimmer ein, zerrten Schüler unter Schreien heraus und drohten in einigen Fällen damit, die gesamte Klasse zu verhaften, sollte es Widerstand geben. Beispiele hierfür sind die Verhaftung der 17-jährigen Sarina Rezaei an ihrer Schule in Qazvin sowie Razzien in Schulen in Izeh und Schushtar (Westen von Iran).

Die bestätigten Daten zeigen, dass das Ausmaß der Festnahmen, Vorladungen und Opferzahlen weiterhin groß ist. Das Gesamtbild der Proteste am fünfzigsten Tag ist weiterhin von anhaltenden Zusammenstößen mit staatlichen Einheiten sowie sozialen und wirtschaftlichen Spannungen geprägt.

Die Gesamtzahl der Festnahmen beläuft sich auf 53.552, darunter 144 Studenten. Es gab 355 erzwungene Geständnisse und 11.053 Vorladungen.

Kenia: Nach Angriff auf eine anglikanische Kirche

Bischöfe äußern sich besorgt über die Zunahme von Gewalt und fordern Ermittlungen

Nairobi (Fides) – „Kirchen sind heilige Orte und müssen stets respektiert werden. Der Einsatz von Tränengas gegen Gläubige in Kirchen stellt eine schwere Verletzung des in Artikel 32 der kenianischen Verfassung verankerten Rechts auf Religionsausübung dar“, erklärten die kenianischen Bischöfe in ihrer Fastenbotschaft. Die Bischöfe bezogen sich auf einen schwerwiegenden Vorfall, der sich am Sonntag, dem 25. Januar, in einer Kirche der Anglican Church of Kenya (ACK) in Othaya im Bezirk Nyeri ereignete. Polizisten in Zivil setzten während eines Gottesdienstes Tränengas im Gotteshaus ein, wonach hundert Gläubige, darunter Kinder und Säuglinge, unter Atemnot und Reizungen der Augen und Atemwege litten. Der Angriff richtete sich gegen den ehemaligen Vizepräsidenten Rigathi Gachagua, der den Gottesdienst mit einigen seiner Berater und Anhänger besucht hatte. Im Zuge des Angriffs wurden einige Fahrzeuge Gachaguas und seiner Anhänger in Brand gesetzt und beschädigt. Zeugenaussagen zufolge feuerten die Angreifer auch mit AK-47-Gewehren in die Luft, was die Panik und Verwirrung weiter verstärkte.

Die katholischen Bischöfe fordern „gründliche Ermittlungen und die strafrechtliche Verfolgung aller an politischen Gewalttaten Beteiligten, einschließlich ihrer Anstifter“. „Der Einsatz von Gewalt gegen unbewaffnete Bürger, darunter Frauen, Kinder und ältere Menschen, ist inakzeptabel, und wir verurteilen diese abscheulichen Taten aufs Schärfste“, betonen sie. „Wir appellieren an die uneingeschränkte Achtung der Verfassung, die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit und die Unabhängigkeit der Institutionen, die mit dem Schutz der Menschenrechte betraut sind“, bekräftigen die Bischöfe. Die Bischöfe äußern ihre tiefe Besorgnis über die Zunahme von Menschenrechtsverletzungen, darunter exzessive Gewaltanwendung durch Sicherheitskräfte, willkürliche Verhaftungen, Schikanen gegen Bürger und die Einschränkung des zivilgesellschaftlichen und demokratischen Handlungsspielraums. „Wahrer Frieden ist ohne Gerechtigkeit nicht möglich“, betonen sie.

Die Zunahme politischer Gewalt steht im Zusammenhang mit den Vorbereitungen für die Parlamentswahlen 2027. In ihrer Botschaft fordert die Bischofskonferenz das Parlament auf, die Umsetzung notwendiger Wahlrechtsreformen zu beschleunigen. Die Unabhängige Wahl- und Grenzkommission (Independent Electoral and Boundaries Commission, IEBC) müsse ausreichend ausgestattet und befugt werden, mit den Vorbereitungen zu beginnen und dabei die Lehren aus früheren Wahlen zu berücksichtigen.

„Wir fordern die IEBC dringend auf, unverzüglich eine landesweite Kampagne zur Wähleraufklärung und -registrierung zu starten. Dies ist unerlässlich, um sicherzustellen, dass alle wahlberechtigten Kenianer, insbesondere junge Menschen, registriert sind und niemand vom Wahlrecht ausgeschlossen wird“, so die Bischöfe.

Die Botschaft schließt mit dem Hinweis, dass „die Fastenzeit eine heilige Zeit ist, in der wir innehalten, um nachzudenken, zu beten, zu fasten, Buße zu tun und Almosen für die Armen und Schwachen in unserer Gesellschaft zu geben.“ Sie biete daher die Gelegenheit, „alle Kenianer aufzurufen, ihre persönliche und kollektive Verantwortung für den Aufbau einer gerechten Gesellschaft zu prüfen und Korruption, Gewalt und Gleichgültigkeit abzulehnen.“

(L.M.) (Fides 17/2/2026)

Kolumbien: Zahl der Kindersoldaten nimmt zu

"Minderjährige sind billige und entbehrliche Kämpfer"

Bogotá (Fides) – Insgesamt 78 Kinder (58 Jungen und 20 Mädchen) wurden von unbekannten Gruppen sowie von Abtrünnigen der demobilisierten Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC-EP, Zentraler Generalstab, Grenzkommandos und Segunda Marquetalia) getötet oder verstümmelt. Dies geht aus dem jüngsten Bericht des UN-Generalsekretärs über Kinder in bewaffneten Konflikte hervor, der den Zeitraum bis 2024 abdeckt. Durchschnittlich wird in Kolumbien alle 20 Stunden ein Kind von bewaffneten Gruppen rekrutiert und eingesetzt.

Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) erklärte zudem, dass sich die Rekrutierung von Kindern durch illegale bewaffnete Gruppen in Kolumbien innerhalb von fünf Jahren vervierfacht hat und die Gewalt das Leben Zehntausender junger Opfer gefährdet.

Während die UN im Jahr 2020 insgesamt 116 und im Jahr 2024 insgesamt 453 Fälle von Rekrutierung dokumentiert, geht ein Bericht der „International Crisis Group“, einem Zentrum für Konfliktprävention, davon aus, dass die ohnehin schon alarmierende Zahl deutlich höher liegt. Familien melden ihre vermissten Kinder nur selten, aus Angst vor Vergeltungsmaßnahmen bewaffneter Gruppen. „Es ist schwierig, das wahre Ausmaß dieser Praxis zu erfassen, die als Kriegsverbrechen gilt und vom Internationalen Strafgerichtshof untersucht wird“, heißt es in dem Bericht der „Crisis Group“. Laut dem Bericht schätzt die kolumbianische Polizei, dass mehr als die Hälfte der neuen Rekruten illegaler bewaffneter Gruppen minderjährig sind. Daten des Verteidigungsministeriums deuten darauf hin, dass die Reihen dieser Gruppen zwischen Dezember 2024 und Juli 2025 um etwa 3.300 Mitglieder angewachsen sind. Für diese kriminellen Gruppen seien „Minderjährige zu billigen und entbehrlichen Kämpfern geworden, die in der Lage sind, die gefährlichsten Aufgaben sowohl an der Front als auch bei der Herstellung und dem Vertrieb von Sprengsätzen zu übernehmen“. „Sie sind einfache Soldaten in Expansionskampagnen und Kanonenfutter in Kämpfen mit Rivalen. Die Jugendlichen werden zunächst durch Botengänge oder Wachdienste in kriminelle Netzwerke rekrutiert; sie werden auch von Gruppenmitgliedern sexuell ausgebeutet“, heißt es in dem Bericht weiter.

Der Bericht führt außerdem aus, dass ein indigener Anführer aus Cauca Monate vor seiner Ermordung im März 2025, als er rekrutierte Kinder rettete, gegenüber der „Crisis Group“ erklärte: „Jedes Kind hat einen Wert, basierend auf seinen Eigenschaften.“ Die Preise variieren zwischen etwa 135 und 540 US-Dollar, je nachdem, was die Gruppen als „wertvoll“ einstufen. In manchen Fällen werden Kinder in neue Gebiete verlegt, um sie schwerer auffindbar zu machen. Dieses Phänomen wurde durch den Tod von 15 Kindern zwischen August und Oktober 2025 im Department Guaviare (im Südosten) deutlich. Sie lebten zwar in den Departments Guaviare und Amazonas, waren aber in anderen Departments wie Putumayo, Nariño, Caquetá, Norte de Santander und Arauca geboren.

Theoretisch ging die Rekrutierung und der Einsatz von Minderjährigen durch bewaffnete Gruppen zurück, nachdem die FARC 2016 ein Friedensabkommen mit der Regierung unterzeichnet und über 80 % ihrer Kämpfer demobilisiert hatte. Das Phänomen hält jedoch bei Dissidentengruppen, der ELN und der kriminellen Vereinigung des Golf-Clans an. UNICEF führt diesen Anstieg auf Faktoren wie „die Eskalation der Gewalt, weit verbreitete Armut, mangelnde Bildung und die unzureichende Verfügbarkeit sozialer Dienste und grundlegender Infrastruktur in einigen Regionen, insbesondere in ländlichen Gebieten“, zurück.

Seit 2012 wird am 12. Februar im Land der „Red-Hand-Day“ begangen. Dieser Aktionstag ruft zum Nachdenken auf und fordert ein Ende der Rekrutierung und des Einsatzes von Kindern und Jugendlichen in bewaffneten Konflikten.

(AP) (Fides 16/2/2026)

Kongo: Angriff auf katholische Pfarrkirche in Ituri

Kinshasa (Fides) – Die katholische Pfarrkirche von Bulé in der Hauptstadt von Bahema Badjere in der Provinz Ituri im Nordosten der Demokratischen Republik Kongo wurde geplündert und verwüstet. In der Nacht von Sonntag, dem 15. Februar, auf Montag rissen Unbekannte die Fensterrahmen der Kirche ein, öffneten den Tabernakel und warfen die geweihten Hostien zu Boden. Anschließend stahlen die Täter die Musikanlage und durchsuchten das Pfarrhaus. Der Angriff, dessen Täter bisher unbekannt sind, ereignete sich in einer Zeit starker Spannungen. Erst kürzlich kam es zu Zusammenstößen zwischen den Streitkräften der Demokratischen Republik Kongo (FARDC) und Rebellen des Konvents für die Volksrevolution (Convention pour la révolution populaire, CRP). Laut Angaben der Armee, die die unterdessen die Rückeroberung von Bulé verkündet hatte, wurden mehrere Rebellen getötet.

Im vergangenen Jahr trat die CRP als neue bewaffnete Gruppe im breiten Spektrum bewaffneter Gruppen in Ituri in Erscheinung. Die Gründung der CRP wurde am 25. März 2025 auf einer Pressekonferenz in Kampala, der ugandischen Hauptstadt, von Thomas Lubanga bekannt gegeben, einem ehemaligen „Warlord“ aus der Region. Lubanga war vom Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) zu 14 Jahren Haft verurteilt worden, bevor er 2020 freigelassen wurde. Lubanga nutzte seine ethnische Herkunft aus und rekrutierte ehemalige Mitglieder der Milizen Zaire und MAPI, die sich hauptsächlich aus jungen Männern aus dem Volk der Hema zusammensetzten. Beide Milizen hatten ein Friedensabkommen mit der kongolesischen Regierung unterzeichnet, um am Prozess der Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration teilzunehmen. Enttäuscht von ihrem Scheitern bei der Wiedereingliederung in das zivile Leben, beschlossen viele von ihnen, sich jedoch der neuen bewaffneten Gruppe anzuschließen, die laut der Regierung in Kinshasa mit den von Ruanda unterstützten M23-Rebellen verbündet ist.

(L.M.) (Fides 18/2/2026)

Myanmar: Im Staat Chin – Neue katholische Kirche

im Zeichen des Glaubens und der Hoffnung inmitten von Leid und Vertreibung

Hakha (Fides) – Die Einweihung einer neuen Kirche ist ein starkes Zeichen der Wiedergeburt und Hoffnung für die katholische Bevölkerung im Staat Chin im Nordwesten Myanmars. Der einzige burmesische Staat mit einer christlichen Mehrheit wird seit dem Putsch von 2021 weitgehend von Widerstandskräften kontrolliert, die sich der Militärjunta widersetzen. Wie lokale Quellen mitteilten, herrscht in der katholischen Gemeinde der Diözese Hakha, der Hauptstadt des Staates Chin, ein Gefühl der Zuversicht und der Hoffnung für die Zukunft. Die Gläubigen nahmen dort an der Einweihung und feierlichen Segnung der neuen Pfarrkirche „St. Josef“ in der Gemeinde Matupi im Gebiet von Hakha teil.

Die neue Kirche, die am 12. Februar eingeweiht wurde, ist auch deshalb ein Zeichen der Wiedergeburt, weil zahlreiche Kirchen im Staat durch die gewaltsamen Angriffe der burmesischen Armee zerstört wurden. Unter den zerstörten katholischen Kirchen befand sich die Christkönigs-Kirche in Falam (Diözese Hakha), die im April 2025 Ziel militärischer Angriffe war. Im Februar 2025 beschädigte die Armee bei einem Luftangriff die Herz-Jesu-Kirche in Mindat, die zur Kathedrale der neu gegründeten Diözese Mindat werden sollte.

Der Bischof von Hakha, Lucius Hre Kung, der die Einweihung der neuen Kirche leitete, gratulierte den Pfarrgemeindemitgliedern und betonte: „Es gibt wenige Ereignisse im Leben einer Gemeinde, die bedeutsamer und freudiger sind als die Einweihung einer neuen Kirche, eines Gotteshauses und einer Heimat für das Volk Gottes“. „Oft“, so der Bischof weiter, „ist dies der Höhepunkt eines jahrelangen Prozesses – einer Zeit der Besinnung, Planung, Spendensammlung und des Bauens durch die Gemeindemitglieder. Gerade jetzt, in dieser Zeit der Schwierigkeiten und des Leids, ist sie ein wahres Zeichen der Liebe Gottes, ein leuchtendes Zeichen des Glaubens“. Der Bischof erinnerte daran, dass, wenn die Mauern von Kirchen zerstört werden, „ein Gebäude beschädigt wird, der Glaube aber fest bleibt, weil das Volk Gottes weiterhin glaubt und hofft. Die Kirche gehört Christus, und er ist seinem Volk nahe“. „Lasst uns standhaft im Gebet und in der Gemeinschaft bleiben, vereint mit dem Herzen Christi und dem Herzen Mariens, die alle Leiden der Menschheit umfassen“, hoffte er.

Seit 2021 ist es bewaffneten Widerstandsgruppen gelungen, die Soldaten der Junta aus weiten Teilen des Staates Chin zu vertreiben. Dieser gilt nun als eine der „befreiten Zonen“, was eine umfassende territoriale Verwaltung auf allen Ebenen erforderlich macht. Es ist der einzige Staat in Myanmar mit christlicher Bevölkerungsmehrheit: Von den rund 500.000 Einwohnern sind 85 % Christen, die meisten davon Baptisten, und etwa 70.000 Katholiken. Der Staat hat sich rasch zu einer Hochburg des Widerstands in Myanmar entwickelt. Neu gegründete bewaffnete Gruppen wie die „Chinland Defense Force“ und die „Chin National Defense Force“ kooperieren mit historisch bestehenden ethnischen bewaffneten Gruppen wie der „Chin National Front“ und der „Chin National Army“. Nachdem die burmesische Armee die Kontrolle über weite Teile des Territoriums verloren hat, führt sie wahllose Luftangriffe auf Städte und Dörfer durch, was zu weit verbreiteten Unruhen unter der Zivilbevölkerung führt (über 160.000 Menschen sind inzwischen vertrieben). Auch zivile Infrastruktur und kirchliche Einrichtungen werden angegriffen.

Die Zerstörung der Stadt Thantlang im Staat Chin war eine der symbolträchtigen Aktionen: Zwischen Ende 2021 und Anfang 2022 führte die burmesische Armee eine Brandstiftungskampagne in der Stadt durch und vertrieb die gesamte Bevölkerung von 10.000 Menschen. Von den 22 Kirchen der Stadt steht nur noch eine, während Kirchen von Katholiken, Methodisten, Presbyterianern, Pfingstkirchen und Siebenten-Tags-Adventisten, die vom Militär als „Widerstandszentren“ betrachtet wurden, ebenfalls niedergebrannt wurden.

Laut einer im Staat Chin ansässigen Menschenrechtsorganisation wurden seit 2021 im vom Militär kontrollierten Staat während des Bürgerkriegs über 107 kirchliche Gebäude, darunter 67 Kirchen, zerstört.

(PA) (Fides 17/2/2026)

Nigeria: Das Morden geht weiter

IIRF-D/BA/Tübingen/19.02.26 - Mehr als 30 Menschen wurden im nigerianischen Bundesstaat Benue getötet, als islamistische Terroristen drei Tage lang Gewalt gegen christliche Gemeinden ausübten.

Die Morde sind nur das jüngste Massaker in einer Reihe von Gewalttaten ([wir berichteten](#)), die nigerianische Kirchenführer als „Völkermord“ an nigerianischen Christen bezeichnen.

Barnabas Aid schätzt, dass seit 2009 mindestens 45.000 Christen im Norden und im Middle Belt Nigerias von Islamisten getötet wurden.

Die meisten Todesfälle ereigneten sich im Verwaltungsbezirk Kwande (LGA), beginnend am 3. Februar auf dem Markt von Abande, wo sechzehn Zivilisten und ein Polizist, Isaac Madu, von Terroristen erschossen wurden.

Weitere 13 Menschen wurden nur drei Tage später im Dorf Anwase getötet.

Am selben Tag töteten Fulani-Milizen zwei Bewohner der Gemeinde Akpete im Verwaltungsbezirk Apa, Matthew Ochanga und Isaac Adanu.

An einem anderen Ort im Bundesstaat Benue wurden am Sonntag, dem 8. Februar, neun Gläubige bei einer morgendlichen Gebetsversammlung von 25 bewaffneten Männern entführt.

„Sie sprachen Fulfulde [die Sprache der Fulani] und skandierten ‚Allahu Akbar‘, als sie uns umzingelten“, berichtete ein Mitglied der Gemeinde, dem die Flucht gelang.

Bei einem kürzlichen Besuch in Plateau, einem anderen Bundesstaat im Middle Belt, beschrieb der britische Autor und Journalist David Patrikarakos eine Landschaft mit ausgebrannten Kirchengebäuden und „zerbrochenen Kreuzen“.

„Es ist, als hätte jemand versucht, jedes sichtbare Zeichen des Christentums aus diesem Land zu tilgen“, schreibt Patrikarakos.

„Angesichts all dessen“, fährt er fort, „klingt es wie eine diplomatische Beschönigung, die Gewalt hier lediglich als ‚Konflikt zwischen Bauern und Viehzüchtern‘ zu bezeichnen.“

„Wir werden vertrieben“, berichtete Iliya Ayuba Fwangle, ein lokaler Führer der Christian Association of Nigeria, Patrikarakos und fügte hinzu, dass „der Völkermord, den wir Christen hier erleben“, bekannt gemacht werden müsse.

Laut einem Überlebenden eines islamistischen Fulani-Angriffs im Mai 2023 „sind die Kirchen immer ihr Hauptziel“.

Auch Muslime gehören zu den Opfern jihadistischer Gewalt. Anfang dieses Monats wurden mehr als 160 Menschen in zwei mehrheitlich muslimischen Dörfern im Bundesstaat Kwara im Westen Nigerias ermordet, angeblich weil sie sich weigerten, die Autorität des Islamischen Staates (IS, ISIS, ISIL, Daesh) anzuerkennen.

Die Untersuchung von Patrikarakos bestätigt jedoch, was die Projektpartner und Kontakte von Barnabas Aid in Nigeria seit langem berichten, nämlich dass Militante christliche Dörfer angreifen, „Allahu Akbar“ rufen und die dort lebenden Christen als Ungläubige bezeichnen.

Im Dezember 2025 wurden 27 Christen aus einer Kirche und dem Dorf Aiyetoro-Kiri im Bundesstaat Kogi entführt. Bei dem Angriff kam ein Gläubiger ums Leben. Zwei weitere starben in Gefangenschaft und ein vierter nach seiner Freilassung und Einlieferung ins Krankenhaus.

„Wenn mir jemand sagt, dass dies kein Völkermord an Christen ist“, so Dorfvorsteher Olusegun Durowaye, „dann weiß ich nicht, woher Sie Ihre Informationen beziehen.“

<https://www.barnabasaaid.org/de/news/more-than-30-killed-as-islamists-target-christian-communities-in-benue-s/>

Nigeria: Im Bundesstaat Kaduna wurden 30 Personen entführt

Unter ihnen befinden sich ein Katechet und seine schwangere Frau

Abuja (Fides) – Ein Katechet wurde zusammen mit seiner schwangeren Frau und 30 weiteren Personen in Kadarko im Verwaltungsbezirk Kagarko im Bundesstaat Kaduna entführt. Der Katechet ist in der örtlichen Pfarrei „St. Joseph“ tätig. Die Massenentführung ereignete sich am 10. Februar gegen zwei Uhr morgens, als eine Gruppe bewaffneter Banditen in zwei Siedlungen in der Nähe des Dorfes eindrang.

Der Pfarrer der Gemeinde „St. Joseph“, Linus Matthew Bobai, berichtete dem lokalen Fernsehsender „Arise TV“, dass „die Banditen vor dem Angriff einen meiner Gemeindemitglieder angerufen und 10 Millionen Naira (6.211,95 Euro) von ihm verlangt hatten, wobei sie ihm mit Entführung drohten, falls er sich weigern sollte“.

Nach Angaben des Priesters entführten die Angreifer 16 Personen in Kutaho, darunter den Katecheten, seine schwangere Frau und ihr Kind, sowie weitere 16 Personen aus Kugir, insgesamt also 32 Personen.

Pfarrer Bobai erklärte, dass die Banditen zunächst 20 Einwohner von Kutaho entführt hatten, bevor sie ältere Menschen und Personen mit Gesundheitsproblemen freiließen.

Anschließend drangen die Banditen in das Wohnhaus der Missionsstation in Kugir ein, wo sie mehrere Bewohner, darunter auch mehrere Kinder, entführten. Einigen der Entführten gelang jedoch die Flucht. Laut Pfarrer Bobai wurde der Dorfvorsteher mit einer Machete niedergeschlagen und überlebte nur knapp.

Der Priester betont, dass die Lage in Kadarko weiterhin sehr angespannt ist und dass die Einwohner fliehen, weil sie von den Behörden keinen Schutz erhalten. „Nach dem Vorfall kamen zunächst einige Soldaten aus dem Nachbardorf. Nach ihrer Ankunft patrouillierten sie einige Minuten lang. Wir haben sie gesehen, dann sind sie wieder gegangen, und das war's“, berichtet er.

„Wir sind benachteiligt. Die Lage in der Gemeinde ist angespannt. Und über 98 % der Einwohner sind in ein Nachbardorf geflohen, wo sie gestern und heute die Nacht verbracht haben“, fügte Pfarrer Bobai hinzu.

Trotz der Gefahr weiterer Angriffe haben sich einige Einwohner, insbesondere die Hirten, entschieden, zu bleiben und die Gemeinde zu unterstützen.

„Einige von uns haben Angst, aber wir können nicht fliehen, weil wir Hirten sind. Und wir ermutigen die anderen, zu bleiben, sich um die Gemeinde zu kümmern und auf Gottes Beistand zu vertrauen“, schloss Pfarrer Bobai.

In der vergangenen Woche gab es mindestens zwei weitere Massenentführungen von katholischen Gläubigen. Die erste ereignete sich am 6. Februar in der Missionsstation „Saint John oft he Cross“ in Ojije - Utonkon, die zur Pfarrei „St. Paul“ im Verwaltungsbezirk Ado gehört, wo neun katholische Gläubige entführt wurden (vgl. Fides 10/2/2026).

Die zweite Entführung ereignete sich ebenfalls im Bundesstaat Kaduna am 7. Februar, als drei Menschen getötet und elf bei einem Überfall auf die Pfarrkirche der Heiligen Dreifaltigkeit in Karku im Verwaltungsbezirk Kuru im Bundesstaat Kaduna entführt wurden (vgl. Fides 8/2/2026). Unter den Entführten befindet sich auch der Pfarrer Nathaniel Asuwaye.

Unterdessen befinden sich mindestens drei nigerianische Priester weiterhin in den Händen der Entführer. Neben Pfarrer Nathaniel Asuwaye sind dies Pfarrer Joseph Igweagu aus der Diözese Aguleri im Bundesstaat Anambra, der am 12. Oktober 2022 entführt wurde (vgl. Fides 18/10/2022), und Pfarrer Emmanuel Ezema aus der Diözese Zaria im Bundesstaat Kaduna, der am 2. Dezember 2025 entführt wurde (vgl. Fides 4/12/2025).

(L.M.) (Fides 12/2/2026)

Nigeria: Neun aus katholischer Kirche entführte Kinder wieder frei

Abuja (Fides) – Die neun Kinder, die letzte Woche aus der Missionsstation „St. John of the Cross“ in Ojjea Ojje, Utonkon, im Bundesstaat Benue entführt wurden, sind freigelassen worden ([vgl. AKREF 10/02/2026](#)).

Die befreiten Kinder – sechs Mädchen und drei Jungen – wurden zur medizinischen Versorgung in ein Krankenhaus gebracht. Die Missionsstation gehört zur Pfarrei „St. Paul“ im Verwaltungsbezirk Ado. Die Kinder wurden während einer Gebetswache entführt.

Die Polizei gab unterdessen die Festnahme von vier Personen bekannt, die im Verdacht stehen, an der Entführung beteiligt gewesen zu sein. Die ersten beiden Personen wurden am 11. Februar festgenommen. Aufgrund weiterer Hinweise führte die Polizei am 14. Februar eine Razzia im Versteck eines der Verdächtigen durch. Bei der Operation wurden ein AK-47-Gewehr und acht Patronen des Kalibers 7,62 mm sichergestellt sowie zwei weitere Verdächtige festgenommen, die als Schlüsselfiguren der für die Entführungen verantwortlichen kriminellen Bande gelten.

Die polizeilichen Ermittlungen ergaben, dass die vier Festgenommenen in direktem Zusammenhang mit der Entführung der neun jungen Männer stehen. Die laufenden Suchaktionen im Entführungsgebiet und den umliegenden Ortschaften erhöhten den Druck auf die Komplizen, die die Geiseln festhielten, sodass diese schließlich freigelassen wurden.

Aus Nigeria kam in den vergangenen Tagen auch die Nachricht von einem neuen Massaker im Bundesstaat Niger im zentral-westlichen Teil des Landes. Bewaffnete Männer auf Motorrädern griffen drei Ortschaften im Verwaltungsbezirk Borgu nahe der Grenze zu den Bundesstaaten Kwara und Katsina an. Mindestens 46 Menschen wurden getötet, 38 davon allein im Dorf Konkoso. Weitere wurden entführt und ihre Häuser in Brand gesteckt.

Die Region grenzt an den Kainji-Wald, der seit Langem als Rückzugsgebiet für bewaffnete Gruppen gilt, darunter auch mit Boko Haram verbundene Gruppierungen. Die Gewalt in der Gegend wird sowohl von Gruppen mit aufständischer Ideologie als auch von Banditen verübt, die Entführungen zur Erpressung von Lösegeld begehen.

(L.M.) (Fides 16/2/2026)

Nordkorea: Missionar freigelassen

Jang Moon Seok war mehr als ein Jahrzehnt in Haft

Kelkheim/Pjöngjang (IDEA) – Der chinesisch-koreanische Missionar Jang Moon Seok ist nach mehr als zehn Jahren Haft in Nordkorea freigekommen. Das teilte das überkonfessionelle Hilfswerk Open Doors (Kelkheim bei Frankfurt am Main) mit. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und IDEA hatten Jang im Oktober 2020 zum „[Gefangenen des Monats](#)“ benannt. ([siehe auch AKREF](#)) Zum Hintergrund: Nordkoreanische Agenten hatten Jang im November 2014 aus der chinesischen Grenzstadt Changbai entführt, dann förmlich verhaftet und schließlich zu 15 Jahren Haft verurteilt. Sein Wohnsitz befand sich in Changbai, und er trug inzwischen den chinesischen Namen Zhang Wen Shi. Der Missionar half Grenzgängern aus Nordkorea, die vom Handel beiderseits der Grenze lebten oder auf der chinesischen Seite nach Medizin oder anderem Notwendigen suchten. Er unterstützte viele von ihnen, indem er sie mit einem Quartier oder etwa Kleidung versorgte. Dabei sprach er auch über seinen Glauben, den einige annahmen. Die Vorwürfe lauteten unter anderem „Verunglimpfung des Regimes“ und „versuchte Anstiftung zum Umsturz“. Jang soll sich mittlerweile bei seiner Familie in China aufhalten.

Freilassung: Anstoß für Gebet

Der Koordinator von Open Doors für die Arbeit unter Nordkoreanern, Simon Lee, zeigte sich dankbar für die Entlassung Jangs: „Nicht jeder überlebt eine Haft in Nordkorea.“ Weiter äußerte er: „Die Umstände sind extrem schwierig, selbst für Menschen mit ausländischem Pass.“ Hilfe für Nordkoreaner sei „äußerst riskant“, so Lee. „Man kann sein Leben verlieren, besonders wenn man seinen christlichen Glauben weitergibt. Nordkorea hat viele Spione in China, deren Aufgabe es ist, Helfer zu identifizieren und Netzwerke zu infiltrieren.“ Insgesamt schätzt Open Doors, dass zwischen 50.000 und 70.000 Christen in Nordkorea in Arbeitslagern, Haftanstalten oder abgeschlossenen Dörfern gefangen gehalten werden. Die meisten wurden wegen des Besitzes einer Bibel, des geheimen Gottesdienstes oder Kontakten zu Christen außerhalb des Landes verhaftet. Die Haftbedingungen gelten als äußerst hart und oft lebensgefährlich. Nach Ansicht Lees ist die unerwartete Freilassung von Jang Moon Seok ein Anstoß zu Gebet. „Wir hätten nie gedacht, dass er seine Haft überlebt. Jetzt ist er zurück bei seiner Familie. Lasst uns dafür beten, dass viele weitere Christen, die derzeit in Haft sind, ebenfalls freikommen.“ Nordkorea belegt seit Jahren Platz eins auf dem [Weltverfolgungsindex](#) des Hilfswerks Open Doors. Es schätzt, dass etwa 400.000 der rund 26 Millionen Einwohner des Landes Christen sind.

Pakistan: "Kirchen und Moscheen sollten Zentren des Mitgefühls und des Friedens sein"

sagte Erzbischof Arshad

Islamabad (Fides) – Während der Fastenzeit und des heiligen Monats Ramadan, den Christen und Muslime dieses Jahr gleichzeitig begehen, „möge die Kirche oder die Moschee zu einem Ort des Mitgefühls, des Friedens und der Liebe werden“. Diesen Appell richtete der Erzbischof von Rawalpindi-Islamabad, Joseph Arshad, an die pakistanische christliche Gemeinde in einer Botschaft, in der er der muslimischen Gemeinschaft zum Beginn des heiligen Monats Ramadan herzliche Grüße übermittelt.

„Das Jahr 2026“, so der Erzbischof, „markiert einen wunderbaren und seltenen spirituellen Moment, da die christliche Fastenzeit und der Fastenmonat Ramadan gleichzeitig beginnen. Dieses Zusammentreffen ist kein bloßer Zufall, sondern eine göttliche Einladung an die Gläubigen beider Religionen, sich auf einen gemeinsamen spirituellen Weg zu begeben.“ „In der christlichen Tradition“, heißt es im Text, „ist die Fastenzeit eine heilige Zeit des Gebets, des Fastens und der Nächstenliebe, die den Gläubigen Gelegenheit zur Umkehr, zur spirituellen Erneuerung und zur tieferen Gemeinschaft mit Gott bietet. Ähnlich verhält es sich für Muslime: Der Ramadan ist ein Monat des Fastens, der Nachtgebete, der Rezitation des Heiligen Korans und der Großzügigkeit durch Almosen.“

Der Erzbischof bemerkt, dass beide heilige Zeiten „zur Reinigung des Herzens, zur Selbstdisziplin und zur Hilfe für Bedürftige einladen. In einer Welt, die oft von Spaltung, Missverständnissen und Konflikten geprägt ist, sind diese gemeinsamen spirituellen Praktiken ein kraftvolles Zeugnis dafür, dass Glaube keine Quelle der Spaltung, sondern ein Mittel der Barmherzigkeit, Solidarität und Einheit ist.“

„Wenn ein Christ fastet und ein Muslim fastet; wenn ein Christ sich im Gebet verbeugt und ein Muslim sich im Gebet niederwirft; wenn beide sich der Speisung der Hungernden und der Unterstützung der Leidenden widmen, verkünden sie gemeinsam, dass Religion gleichbedeutend ist mit dem Dienst an der Menschheit und der Förderung des Friedens“, so Erzbischof Arshad, „Das Fasten lehrt Geduld, Demut und Verantwortungsbewusstsein, während das Gebet die Menschheit mit dem Schöpfer allen Seins verbindet; die Nächstenliebe setzt den Glauben in die Tat um und baut Brücken der Hoffnung, der Liebe und des Friedens.“

„In unserem geliebten Pakistan“, schreibt Erzbischof Arshad, „wo Menschen verschiedener Glaubensrichtungen zusammenleben und den Traum von einer besseren Zukunft teilen, bietet dies eine einmalige Gelegenheit, die interreligiöse Harmonie weiter zu stärken“. Die Botschaft ruft Menschen aller Glaubensrichtungen und Gemeinschaften dazu auf, einander zu besuchen, Grüße auszutauschen und sich gemeinsam für die Schwächsten in der Gesellschaft einzusetzen.

Erzbischof Joseph Arshad lädt die Anhänger beider Religionen ein, „während dieser besonderen Zeit Friedensgebete zu sprechen“. „Wir hoffen“, schließt er, „dass wir alle durch Gebet, Fasten und Nächstenliebe zu Werkzeugen der Liebe und Barmherzigkeit Gottes werden“ und dass „die Menschheit sich unter dem Schutz des allmächtigen Gottes zu einer Familie vereinen möge, damit wir alle Botschafter der Geschwisterlichkeit, des Friedens und der Harmonie werden.“

(PA) (Fides 19/2/2026)

Pakistan: Blinder Christ wegen Blasphemie angeklagt

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/19.02.26 - Ein pakistanisches Obergericht hat diesen Monat die Freilassung gegen Kaution für einen blinden Christen abgelehnt, der wegen Blasphemie angeklagt ist, obwohl es erhebliche Unstimmigkeiten im Polizeibericht und in den Aussagen der Staatsanwaltschaft gibt, so sein Anwalt.

Rechtsanwalt Javed Sahotra sagte, Richter Muhammad Jawad Zafar vom Obersten Gerichtshof in Lahore (LHC) habe am 4. Februar den Antrag auf Freilassung gegen Kaution des 49-jährigen Nadeem Masih abgelehnt, der seit dem 21. August wegen Blasphemie, die mit der Todesstrafe geahndet wird, in Haft sitzt. Sahotra sagte, das Gericht habe die Freilassung gegen Kaution mit der Begründung abgelehnt, der Angeklagte könnte fliehen oder versuchen, Zeugen zu beeinflussen, wenn er freigelassen würde.

„Wir hatten gehofft, dass das Oberste Gericht die Freilassung gegen Kaution genehmigen würde, da die Unstimmigkeiten im ersten Informationsbericht [FIR] und die fragwürdigen Aussagen der Zeugen der Anklage weitere Ermittlungen rechtfertigten“, sagte Sahotra gegenüber Christian Daily International-Morning Star News. „Der Richter äußerte jedoch die Befürchtung, dass der Angeklagte fliehen oder Zeugen beeinflussen könnte.“

Masih ist vollständig blind und stammt aus einer Familie mit geringem Einkommen, sagte sein Anwalt.

Während der Anhörung zitierte Sahotra ein Urteil des Multan Bench des Lahore High Court aus dem Jahr 2024, das vom damaligen Richter Sarfraz Dogar verfasst wurde, der heute als Oberster Richter des Islamabad High Court tätig ist. In diesem Fall wurde einem Mordverdächtigen die Freilassung gegen Kaution gewährt, nachdem er während der Haft erblindet war.

Sahotra verwies auch auf eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofs aus dem Jahr 2022, in der Salamat Mansha Masih, einem Christen, in einem anderen Blasphemie-Fall eine Kaution gewährt wurde. Die beiden Richter des Obersten Gerichtshofs von Pakistan stellten fest, dass die Hauptzeugen gegen ihn, Mitarbeiter des Parks, ihn fälschlicherweise belastet hatten.

Nadeem Masih wurde am 21. August im Model Town Park in Lahore festgenommen und später gemäß Abschnitt 295-C des Blasphemiegesetzes angeklagt, das laut Gerichtsunterlagen die Todesstrafe für die Beleidigung des islamischen Propheten Mohammed vorsieht.

Polizei-Subinspektor Muhammad Ayub reichte die Anzeige ein und erklärte, dass er und sein Team um 23 Uhr im Park patrouillierten, als sie einen Hinweis auf die mutmaßliche Blasphemie erhielten.

Sahotra stellte diese Darstellung in Frage und wies darauf hin, dass der Park um 21 Uhr schließt und dass die Anrufrufen sowohl des Anzeigeerstatters als auch des Angeklagten angeblich darauf hindeuten, dass keiner von beiden zum in der Anzeige angegebenen Zeitpunkt im Park anwesend war.

Er stellte auch die Glaubwürdigkeit von zwei Zeugen der Anklage in Frage, Parkplatzbetreibern, die der Polizei am 22. August mitteilten, dass Masih am 9. August abfällige Bemerkungen über den Propheten des Islam gemacht habe, dass sie die Angelegenheit jedoch zu diesem Zeitpunkt nicht gemeldet hätten.

„Diese verspäteten Aussagen lassen ernsthafte Zweifel an der Argumentation der Anklage aufkommen“, sagte Sahotra.

Masihs Familie behauptet, dass die Blasphemieanklage auf einen Streit mit lokalen Auftragnehmern zurückzuführen sei. Seine 80-jährige Mutter, Martha Yousaf, eine katholische Einwohnerin des Dorfes Chak Nr. 9/4L im Bezirk Okara in der Provinz Punjab, sagte, ihr Sohn habe ein bescheidenes Einkommen durch den Betrieb einer Waage für Besucher des Parks erzielt.

Sie behauptete, dass einige Parkmitarbeiter ihn schikanierten, Geld von ihm erpressten und in einigen Fällen Geld von ihm liehen, ohne es zurückzuzahlen. Am 21. August hätten der Bauunternehmer Waqas Mazhar und andere Masih daran gehindert, seinen Stand aufzubauen, ihn angegriffen und zur Polizeistation Model Town gebracht, wo er der Blasphemie beschuldigt worden sei, sagte sie.

Die Polizei hat öffentlich nicht auf die Vorwürfe der Familie bezüglich Körperverletzung oder Nötigung reagiert.

Yousaf sagte, ihr Sohn habe ihr erzählt, dass er in Haft geschlagen und unter Druck gesetzt worden sei, ein falsches Geständnis abzulegen.

Masih, der trotz seiner Behinderung seinen Schulabschluss gemacht hatte, war nach dem Tod seines Vaters und eines weiteren Sohnes der einzige Ernährer der Familie, sagte Yousaf. Eine ihrer Töchter, die geschieden ist, arbeitet nun in Privathaushalten, um den Haushalt zu unterstützen.

Die Blasphemiegesetze Pakistans stehen seit langem in der Kritik von Menschenrechtsgruppen.

In einem Bericht vom 9. Juni mit dem Titel „A Conspiracy to Grab the Land: Exploiting Pakistan’s Blasphemy Laws for Blackmail and Profit“ (Eine Verschwörung zur Landnahme: Ausnutzung der pakistanischen Blasphemiegesetze für Erpressung und Profit) erklärte Human Rights Watch, dass die Gesetze häufig missbraucht werden, um religiöse Minderheiten zu verfolgen, persönliche Streitigkeiten beizulegen und Eigentum zu beschlagnahmen.

„Blasphemievorwürfe werden zunehmend als Waffe eingesetzt, um Mobgewalt anzustacheln, schutzbedürftige Gemeinschaften zu vertreiben und ihr Eigentum ungestraft zu beschlagnahmen“, heißt es in dem 29-seitigen Bericht.

Er fügt hinzu, dass die weit gefassten Bestimmungen des Gesetzes es ermöglichen, Anschuldigungen mit minimalen Beweisen vorzubringen, was die Angst unter schutzbedürftigen Gruppen schürt.

Obwohl eine Verurteilung nach Abschnitt 295-C zwingend die Todesstrafe nach sich zieht, haben Gerichte in Blasphemiefällen manchmal eine Freilassung gegen Kaution gewährt, insbesondere wenn Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Beweise bestehen. Solche Entscheidungen sind jedoch angesichts der starken öffentlichen Sensibilität in Bezug auf Blasphemievorwürfe nach wie vor selten.

Internationale Beobachtungsorganisationen stufen Pakistan weiterhin als eines der Länder ein, in denen Christen besonders stark verfolgt werden. Das Land belegt Platz acht auf der Weltverfolgungsliste 2026 von Open Doors, auf der die 50 Länder aufgeführt sind, in denen es am schwierigsten ist, Christ zu sein. Der Bericht nennt systemische Diskriminierung, Gewalt durch Menschenmengen, Zwangskonvertierungen, Schuldknechtschaft und geschlechtsspezifische Misshandlungen und stellt fest, dass die Täter aufgrund der schwachen Strafverfolgung und des gesellschaftlichen Drucks oft straffrei bleiben.

<https://morningstarnews.org/2026/02/blind-christian-accused-of-blasphemy-in-pakistan-denied-bail/>

Pakistan: Diskriminierung mittels Verwaltungstricks

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/19.02.26 - Der Vermerk der (obgleich erzwungenen) Konvertierung eines Ziegelofenarbeiters zum Islam in der nationalen Datenbank Pakistans hat dazu geführt, dass seine fünf Kinder ihren christlichen Glauben nicht mehr in ihren nationalen Ausweisen angeben können, sagte sein Sohn.

Sufyan Masih, der in einem Ziegelofen in Phoolnagar im Bezirk Kasur in der Provinz Punjab arbeitet, sagte, dass sein Vater, Sadiq Masih, vor Jahren unter Druck gesetzt wurde, zum Islam zu konvertieren, als er bei einem ehemaligen Arbeitgeber verschuldet war. Die Änderung wurde später in den Aufzeichnungen der National Database and Registration Authority (NADRA) vermerkt, und es wurde ein zweiter computerisierter Personalausweis (CNIC) auf den Namen „Muhammad Sadiq“ ausgestellt.

„Da mein Vater bei der NADRA als Muslim registriert ist, wurde uns mitgeteilt, dass wir uns nicht als Christen registrieren lassen können“, sagte Masih. „Wir möchten, dass unsere Dokumente zeigen, wer wir wirklich sind, aber das wird uns nicht gestattet.“

Masihs Vater, geboren 1976 als Sohn von Gija Masih, arbeitete viele Jahre lang in einer Ziegelei von Haji Rana Anwar im Stadtteil Jatti Umra in Lahore, um seine Frau Rasheeda Masih und die fünf Kinder zu versorgen.

Die finanziellen Schwierigkeiten der Familie verschärften sich vor etwa 15 Jahren, als Rasheeda schwer erkrankte.

„Mein Vater nahm von seinem Arbeitgeber einen Kredit in Höhe von 400.000 pakistanischen Rupien [1.430 US-Dollar] für ihre Behandlung und die Haushaltsausgaben auf“, sagte Masih.

Schuldenvereinbarungen sind in Pakistans Ziegelofenbranche üblich, wo Arbeiter oft auf Vorschüsse der Ofenbesitzer angewiesen sind, um ihre Lebenshaltungskosten zwischen den Lohnzahlungen zu decken. Menschenrechtsaktivisten warnen seit langem, dass solche Vereinbarungen die Arbeiter anfällig für Ausbeutung und Zwang machen können.

„Wir sind arme Leute. Wenn man einen Kredit aufnimmt, ist man gebunden“, sagte Masih. „Der Druck war ständig da. Mein Vater, der Analphabet war, befand sich in einer schwachen Position.“

Unter diesem Druck, so sagte er, sei sein Vater gezwungen gewesen, zum Islam zu konvertieren und eine muslimische Identität in offiziellen Unterlagen anzunehmen.

„Dieser Name war nicht seine Wahl“, sagte Masih und bezog sich dabei auf den Namen Muhammad Sadiq auf dem CNIC. „Er wurde ihm aufgezwungen, weil er finanziell abhängig war. In seinem Herzen hat er seinen Glauben nicht geändert.“

Masih sagte, dass die Folgen dieser Änderung über seinen Vater hinausgingen. Da die Registrierungsdaten von Kindern mit den Daten ihrer Eltern im NADRA-System verknüpft sind, haben Beamte der Familie mitgeteilt, dass die Kinder nur als Muslime registriert werden können.

„Uns wurde gesagt, dass wir, da unser Vater als Muslim registriert ist, ebenfalls als Muslime registriert werden müssen“, sagte er. „Aber wir sind Christen. Wir sind als Christen erzogen worden. Warum sollten wir unseren Glauben verleugnen, nur um einen Personalausweis zu bekommen?“

Infolgedessen konnten die Kinder keine CNICs erhalten, die ihre christliche Identität widerspiegeln, sagte er. In Pakistan ist der CNIC erforderlich, um Zugang zu Bildung, formeller Beschäftigung, Bankdienstleistungen, Wahlrechten und den meisten staatlichen Hilfsprogrammen zu erhalten.

Trotz der offiziellen Registrierung sagte Masih, sein Vater praktiziere weiterhin das Christentum.

„Er betet immer noch als Christ. Das tun wir alle“, sagte er. „Auf dem Papier haben sie ihn zu jemand anderem gemacht, aber in Wirklichkeit ist er immer noch Sadiq Masih.“

Die Familie arbeitet nun in einer anderen Ziegelei in Phoolnagar und lebt weiterhin in Armut, sagte Masih und fügte hinzu, dass ihnen die finanziellen Mittel für einen langwierigen Rechtsstreit fehlen.

Laut Rechtsexperten erlauben die pakistanischen Behörden Personen, die als Muslime registriert sind, in der Regel nicht, ihre Religionszugehörigkeit in offiziellen Unterlagen zu ändern, außer in Fällen, in denen ein Schreibfehler nachgewiesen werden kann oder wenn eine Person von einem anderen Glauben zum Islam konvertiert.

Lazar Allah Rakha, ein christlicher Anwalt, der Fälle im Zusammenhang mit religiösen Identitätsstreitigkeiten bearbeitet hat, sagte, es gebe keine ausdrückliche Verfassungsbestimmung, die einem Muslim den Religionswechsel verbiete. Es gebe jedoch eine starke rechtliche, verfassungsrechtliche und gesellschaftliche Barriere gegen Konversionen vom Islam, sagte er.

„Konvertiten vom Islam sind oft mit schwerwiegender sozialer Stigmatisierung, Ablehnung durch ihre Familie und Gewaltandrohungen durch extremistische Elemente konfrontiert“, sagte Rakha.

Artikel 20 der pakistanischen Verfassung garantiert den Bürgern das Recht, ihre Religion zu bekennen, auszuüben und zu verbreiten, vorbehaltlich „des Gesetzes, der öffentlichen Ordnung und der Moral“. Gleichzeitig erklärt Artikel 227 den Islam zur Staatsreligion und verlangt, dass Gesetze mit den islamischen Vorschriften übereinstimmen, sagte er.

Rakha sagte, dass dieser Rahmen zu Spannungen mit den internationalen Menschenrechtsstandards zur Gewissensfreiheit führe.

„Die traditionelle islamische Rechtsprechung in Bezug auf Apostasie ist sehr restriktiv, und dies beeinflusst die Art und Weise, wie die Behörden mit Anträgen auf Änderung des Religionsstatus umgehen“, sagte er.

Obwohl Pakistan kein spezifisches Gesetz hat, das Apostasie unter Strafe stellt, können Anschuldigungen im Zusammenhang mit dem Austritt aus dem Islam Einzelpersonen einem rechtlichen Risiko gemäß Abschnitt 295-A des Strafgesetzbuches aussetzen, der bis zu 10 Jahre Haft für „die Verletzung der religiösen Gefühle einer beliebigen Gruppe von Bürgern“ vorsieht. Vorwürfe der Blasphemie können in Pakistan auch zu Gewalt durch den Mob führen.

Rakha sagte, die NADRA-Richtlinie erlaube Korrekturen, wenn Antragsteller nachweisen können, dass ein Fehler aufgrund von Analphabetismus oder einem Verwaltungsfehler aufgetreten ist.

„In der Praxis wird die Konversion zum Islam jedoch relativ problemlos bearbeitet, während die Konversion vom Islam zu einer anderen Religion mit Argwohn behandelt und oft abgelehnt wird“, sagte er.

Antragsteller würden in der Regel angewiesen, eine gerichtliche Verfügung zu beantragen, was zu langwierigen und kostspieligen Rechtsstreitigkeiten führe, fügte er hinzu.

Die Familie Masih sagt, sie strebe lediglich die Wiederherstellung von Sadiqs ursprünglichem Namen und Religionsstatus in der nationalen Datenbank sowie die Möglichkeit für seine Kinder an, sich als Christen registrieren zu lassen.

„Wir wollen nur die Wiederherstellung seines ursprünglichen christlichen Namens ‚Sadiq Masih‘, die Korrektur seines Religionsstatus im CNIC und uns als Christen registrieren lassen und entsprechend unsere CNICs erhalten“, sagte Sufyan Masih. „Wir fordern nichts, was über unser verfassungsmäßiges Recht hinausgeht.“

Pakistan, wo mehr als 96 Prozent der Bevölkerung muslimisch sind, steht auf Platz acht der Weltverfolgungsliste 2026 von Open Doors, in der Länder aufgeführt sind, in denen Christen am stärksten verfolgt werden.

<https://morningstarnews.org/2026/02/christians-poverty-used-to-force-conversion-to-islam-in-pakistan/>

Pakistan: „Anschläge auf Kultstätten stärken die Einheit unter den Gläubigen in Pakistan“

das sagte Erzbischof Arshad

Islamabad (Fides) – „Anschläge auf Kultstätten sind ein Angriff auf die interreligiöse Harmonie und die Bemühungen um Frieden: Das kann unter keinen Umständen toleriert werden. Terrorismus hat keine Religion, und man muss solche Elemente, die darauf abzielen, die Gesellschaft zu spalten, stoppen“, so der Erzbischof von Rawalpindi-Islamabad, Joseph Arshad, in einer Botschaft die Fides vorliegt, in der er seine Empörung zum Ausdruck bringt und den Selbstmordanschlag verurteilt, der vor einigen Tagen auf eine schiitische Moschee in Islamabad verübt wurde.

Am Morgen des 6. Februar griff ein Selbstmordattentäter eine schiitische Moschee in Islamabad an, indem er zunächst das Sicherheitspersonal beschoss, dann die Moschee betrat und sich mit einer Sprengstoffweste in die Luft sprengte. Mindestens 31 Menschen wurden getötet und weitere 169 ins Krankenhaus eingeliefert, die Zahl der Opfer steigt weiter. Zu dem Anschlag bekannte sich der Islamische Staat – Provinz Khorasan (IS-KP), der in Afghanistan und Pakistan aktiv ist und an einer Reihe von Anschlägen in jüngster Zeit beteiligt war.

Während die Familien noch um ihre Angehörigen trauern, wollte der Erzbischof seine Verbundenheit mit der schiitischen Gemeinschaft zum Ausdruck bringen und daran erinnern, dass „der Anschlag auf unschuldige Zivilisten ein grausames Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist“ und dass „alle Gläubigen in Pakistan, unabhängig von ihrer Religion, vereint bleiben müssen, um religiöse Werte und soziale Harmonie zu schützen“. Der Erzbischof von Rawalpindi-Islamabad bekundete seine Solidarität mit den Verletzten des Anschlags, sprach den Familien der Opfer sein Beileid und seine Gebete aus und versicherte ihnen, dass „die christliche Gemeinschaft in Pakistan an ihrer Seite steht“.

Der Erzbischof bekundet sein Vertrauen in die Bundesregierung und die Institutionen und fordert dazu auf, „die Verantwortlichen für den Anschlag so schnell wie möglich vor Gericht zu stellen“. Und er wendet sich an die gesamte Bevölkerung: „Lasst uns Geduld, Einheit und gegenseitigen Respekt zeigen und die Botschaft des Friedens und der Toleranz statt des Hasses verbreiten, damit sich solche tragischen Vorfälle in Zukunft nicht wiederholen.“

Der Sprecher der Pakistanischen Bischofskonferenz, Pater Qaisar Feroz (OFM Cap), betont gegenüber Fides: „Der Anschlag auf die Kultstätte erfüllt uns alle mit großer Sorge. Er wurde aus Rache verübt und soll dem Establishment eine Botschaft vermitteln: Die Taliban und Terroristen sind nach wie vor mächtig und einflussreich. Wir Christen bekräftigen klar und deutlich, dass der Verlust unschuldiger Menschenleben durch keine religiöse Ideologie gerechtfertigt werden kann. Diese Anschläge, egal welche Gemeinschaft sie treffen, führen dazu, dass wir enger zusammenrücken und uns gegenseitig unterstützen, um Extremismus und Gewalt zu bekämpfen und unserer wichtigen Verantwortung nachzukommen, Frieden und Geschwisterlichkeit in Pakistan zu fördern.“

(PA) (Fides 12/2/2026)

Südsudan: Fastenbotschaft von Bischof Hiiboro Kussala

Er ruft angesichts von Gewalt und humanitärer Not zu Umkehr und Heilung auf

Tombura Yambio (Fides) – Fünfzehn Jahre nach der Unabhängigkeit gibt es für die über 12 Millionen Einwohner des jüngsten Landes der Welt keinen Frieden. Jahrzehntelange Konflikte und Isolation, ursprünglich bedingt durch den Unabhängigkeitskrieg zwischen 1955 und 2005, haben eine verheerende humanitäre Krise ausgelöst, die die gesamte Bevölkerung auch heute noch beeinträchtigt. Nach der Unabhängigkeit vom Sudan im Jahr 2011 brach zwischen 2013 und 2018 ein neuer interner Konflikt aus, ausgelöst durch Feindseligkeiten zwischen den wichtigsten institutionellen Vertretern der neu gegründeten Republik. Der Konflikt endete offiziell im September 2018 mit der Unterzeichnung des Abkommens zur Beilegung des Konflikts in der Republik Südsudan (Revitalized Agreement on the Resolution of the Conflict in the Republic of South Sudan R-ARCSS) zwischen den Parteien. Die Lage bleibt jedoch schwierig und die Umsetzung des Friedensabkommens ist weiterhin gefährdet.

In den letzten Wochen hat die Gewalt zwischen Armee und Oppositionskräften zugenommen. Laut einem aktuellen UNICEF-Bericht hat sich die Gewalt seit Ende Dezember 2025 verschärft, insbesondere in den nördlichen und zentralen Regionen des Landes. Im Bundesstaat Jonglei wurden mindestens 280.000 Menschen vertrieben, die meisten von ihnen Frauen und Kinder, die Gefahr laufen, getötet, verstümmelt oder von bewaffneten Gruppen rekrutiert zu werden. Mangelernährung und Hungersnot nehmen zu, das Gesundheitssystem bricht zusammen, und Cholera und Malaria breiten sich rasant aus.

Inmitten dieser extremen Unsicherheit ruft Bischof Barani Eduardo Hiiboro Kussala von Tombura Yambio in seiner Fastenbotschaft von 16. Februar alle Gläubigen zu einer Zeit der Umkehr, der Heilung und der Hoffnung auf. „Unsere Diözese steht vor zahlreichen Herausforderungen: Hass, Stammeskonflikte, die Manipulation junger Menschen, Verrat, gezielte Gewalt, erzwungene Scheidungen, Armut und Krankheiten, die unsere Gemeinden betreffen“, betont der Bischof. „Die Fastenzeit ist nicht nur eine Zeit des Fastens“, so der Bischof weiter, „sondern eine Zeit der spirituellen Wiedergeburt, der sozialen Verantwortung und der Heilung der Gemeinschaft. Wir sind aufgerufen, zu Gott zurückzukehren, Beziehungen wiederherzustellen und Gemeinschaften der Versöhnung und Solidarität aufzubauen“. „Möge sich jede Pfarrei, jede Familie und jeder Einzelne dazu verpflichten, zu Gott zurückzukehren, den Frieden wiederherzustellen und die Schwachen zu unterstützen“, schloss Bischof Kussala.

(AP) (Fides 18/2/2026)

Thailand: Jesus im Rotlichtmilieu

Pattaya ist bekannt für Party, Nachtleben, Rotlichtszene und Sex-Tourismus. Bar- und Partyzonen prägen das Stadtbild, die Kriminalität floriert. Menschen aus aller Welt reisen nach Pattaya, um ihr persönliches Vergnügen zu befriedigen. Obwohl Prostitution offiziell verboten ist, leben zehntausende Sexarbeiterinnen in Pattaya. Die Stadt kämpft gegen Ausbeutung, Menschenhandel und Zwangsprostitution.

Im Frühjahr 2026 leitet AVC ein Team von 20 Missionaren aus verschiedenen Teilen der Welt. In Zusammenarbeit mit den lokalen Kirchen führen sie Einsätze in Pattaya durch. Die Einsatzorte umfassen die Rotlicht-Szene sowie die Gefängnisse und Slum-Gebiete der Stadt. Weiters sind Kinder- und Jugendprogramme, Marktplatz- und Strandeinsätze geplant. So soll das Evangelium in die verschiedensten gesellschaftlichen Bereiche und Schichten der Stadt gebracht werden.

Abgeschlossen werden die zahlreichen kleinen Initiativen mit einer mehrtägigen Evangelisation.

Heute beten wir ...

... dass Gott die Herzen der Menschen vorbereitet und sie offen für Jesus sind,

... dass das Team die Führung des Heiligen Geistes klar wahrnimmt,

... viele Menschen Jesus kennenlernen.

Türkei: Weist Vorwürfe gezielter Ausweisung von Christen zurück

Außenministerium kritisiert Einmischung „ausländischer Organe“

Straßburg (IDEA) – Die türkische Regierung hat Vorwürfe zurückgewiesen, gezielt christliche Missionare aus dem Land auszuweisen. In einer Stellungnahme widerspricht das Außenministerium einer entsprechenden Resolution des Europäischen Parlaments, die der Türkei die unrechtmäßige Abschiebung von Christen vorwirft. Kein ausländisches Organ dürfe sich in türkische Gerichtsverfahren einmischen, heißt es darin. Zum Hintergrund: Mit der Resolution hatte das EU-Parlament auf eine [Entscheidung](#) des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR/Straßburg) reagiert. Der EGMR – von 46 Staaten und auch der Türkei anerkannt – prüft aktuell 20 Fälle von Einreise- und Aufenthaltsverboten für ausländische Christen. Im Zuge dessen hatte er die türkische Regierung zur Stellungnahme aufgefordert. Grund für die Einreise- und Aufenthaltsverbote ist laut der Menschenrechtsorganisation ADF International (Wien) das Engagement von bekennenden Christen in der Türkei. Sie vertritt einen Teil von ihnen. Die Betroffenen, meist ausländische Protestanten, seien auf Grundlage interner Sicherheitscodes als Bedrohung für die nationale Sicherheit eingestuft worden. In der Folge mussten sie und ihre Familien das Land verlassen oder durften nach Auslandsreisen nicht zurückkehren. Die Direktorin für globale Religionsfreiheit bei ADF, Kelsey Zorzi (Washington), kritisierte in dem Zusammenhang, dass die Türkei ihre menschenrechtlichen Verpflichtungen missachte. Keine Regierung dürfe straflos friedliche Missionare oder Glaubensgemeinschaften ins Visier nehmen.

Uganda: Priester gegen Kaution freigelassen

Unter verfassungswidrigen Umständen festgenommener Priester

Kampala (Fides) – Der Oberste Gerichtshof von Masaka hat Pfarrer Deusdedit Ssekabira, der seit Dezember 2025 in Untersuchungshaft sitzt, gegen Kaution freigelassen.

Pfarrer Ssekabira wurde am 3. Dezember als vermisst gemeldet. Fast zwei Wochen nach seinem Verschwinden gab das ugandische Verteidigungsministerium am 14. Dezember bekannt, dass der Priester von den Sicherheitskräften unter dem Vorwurf der Beteiligung an „gewalttätigen subversiven Aktivitäten gegen den Staat“ festgenommen worden war. Die Umstände seiner Verhaftung wurden von der Vereinigung katholischer Anwälte Ugandas (Uganda Catholic Lawyers Society, UCLS) als verfassungswidrig bezeichnet.

Am 23. Dezember wurde der Priester, der Pfarrer der Gemeinde Bumangi in der Diözese Masaka ist, wegen Geldwäsche angeklagt und anschließend zur Eröffnung des Hauptverfahrens an das Gericht von Masaka überstellt (vgl. [AKREF 20/1/2026](#)).

Am 10. Februar entschied die Richterin Victoria Nakintu Katamba, dass Pfarrer Ssekabira gegen Zahlung einer Kaution in Höhe von 15 Millionen Schilling (3.600 Euro) sowie einer Bürgschaft in Höhe von 50 Millionen Schilling (12.000 Euro) freigelassen wird. Das Urteil beendet eine mehr als zweimonatige Haft, nachdem frühere Versuche, seine Freilassung zu erwirken, gescheitert waren.

(L.M.) (Fides 13/2/2026)

Ukraine: Christsein unter erschwerten Bedingungen

(Licht im Osten) schreibt von einem Mitarbeiter: „Zurzeit evangelisiere ich im Bezirkskrankenhaus, in dem Patienten stationär behandelt werden. Der Chefarzt hat mir erlaubt, die Kinderstation und die chirurgische Abteilung zu besuchen. Ich konnte den Menschen das Evangelium erzählen und die Zeitschriften GLAUBE UND LEBEN und STESHINKA [TROPINKA auf Ukrainisch] verteilen. Gott sei Dank nehmen die Menschen das Wort Gottes an. Ich möchte diesen Dienst fortsetzen, da die Patienten ständig wechseln.“

Bitte beten Sie,

➤ dass der Same des Wortes Gottes in den Herzen der Patienten auf fruchtbaren Boden fällt und haften bleibt, auch wenn Jurij sie wegen ihres kurzen Aufenthalts im Krankenhaus nicht weiterbegleiten kann.

„Außerdem möchte ich mich im Dienst an Flüchtlingen versuchen. In unserem Dorf und im Nachbardorf gibt es Familien von Binnenflüchtlingen, die aus den besetzten Gebieten zu uns gezogen sind. **Bitte beten Sie dafür,**

➤ dass Gott mir die nötige Weisheit schenkt, um dies möglichst gut zu organisieren.“

„Derzeit wird in unserem Land landesweit der Strom nach einem festgelegten Zeitplan abgeschaltet. Ein solcher Stromausfall verursacht einige Unannehmlichkeiten, aber nach mehreren Kriegsjahren haben sich die Ukrainer bereits daran gewöhnt. Während einer unserer Kinderstunden sagten die Kinder: ‚Lasst uns beten, dass heute Abend der Strom nicht abgeschaltet wird.‘ Meine Frau Christina wusste, dass der Strom nach dem Zeitplan in zwei Stunden abgeschaltet werden sollte, und war deswegen ratlos. Sie dachte: ‚Der Strom wird auf jeden Fall abgeschaltet. Das wurde bereits angekündigt. Wenn die Kinder jetzt beten, werden sie nachherdenken, dass Gott sie nicht erhört hat.‘ Ihnen zu sagen, sie sollen nicht beten, da der Strom sowieso abgeschaltet wird, brachte sie aber auch nicht übers Herz. Also beteten sie – und der Strom wurde an diesem Abend NICHT abgeschaltet! Christina sagte: ‚Die Kinder hatten mehr Glauben als ich.‘“

➤ Danken Sie mit uns für solche konkreten Zeichen der liebevollen Fürsorge unseres himmlischen Vaters an den Kindern.

„Eines Morgens sahen wir uns den Stromabschaltplan für diesen Tag an und beschlossen, die Kinderstunde abzusagen, da der Strom um 16:30 Uhr abgeschaltet und erst um 20:00 Uhr wieder eingeschaltet werden sollte. Doch dann entschied Christina, das Treffen nicht abzusagen. Sie holte Kerzen und batteriebetriebene Lichterketten heraus und schrieb den Kindern: ‚Wenn ihr nichts dagegen habt, die Kinderstunde bei Kerzenschein durchzuführen, dann kommt.‘ Die Kinder waren sofort dafür. Einige kamen mit Taschenlampen, andere mit Lichterketten und wieder andere mit Kerzen.“

➤ Danken wir miteinander für dieses Verlangen der Kinder nach Gottes Wort.

➤ Bitten wir darum, dass die Kinder dadurch Geborgenheit und Hoffnung geschenkt bekommen – inmitten der ständigen Bedrohung durch den Krieg.

Bitte beten Sie auch für

➤ „unsere Gottesdienstbesucherinnen und ihre Umkehr zu Gott.

➤ die Gesundheit von Christina und mir. Die Medikamente und Untersuchungen sind teuer und zeigen keine Wirkung.“ Sie leiden unter starken Schmerzen, die sie immer noch als Folge von einem Autounfall vor sechs Jahren erdulden müssen.

Weltweit: Ramadan-Romantik unter Lichterketten

Am Aschermittwoch begann die christliche Fastenzeit, auch Passionszeit genannt. Ebenfalls am Abend des 18. Februar begann für die Muslime der Fastenmonat Ramadan.

IDEA / Der erste Fastentag ist der 19. Februar. Während Politik und Kirchen in Deutschland den Ramadan mit Respekt und guten Wünschen begleiten, bleibt eine kritische Auseinandersetzung oft aus. Ein Kommentar von IDEA-Leiter Dennis Pfeifer

Ramadan in Deutschland: Parteien senden Grußbotschaften, Kirchen posten Segenswünsche, in Frankfurt am Main leuchtet zum dritten Mal eine festliche Ramadan-Beleuchtung über der Einkaufsstraße „Freßgass“. Das Signal ist klar: Wertschätzung für muslimische Mitbürger, Respekt vor ihrer religiösen Praxis. Es ist nichts dagegen zu sagen, wenn Politiker und Kirchenvertreter sich für ein gutes Verhältnis zwischen Christen und Muslimen einsetzen. Doch während hierzulande Lichterketten mit der Aufschrift „Happy Ramadan“ aufgehängt werden, gehen im Iran Menschen ein anderes Risiko ein. Wie die „Tagesschau“ berichtet, verweigern sie das Fasten als Protest gegen das Mullah-Regime. Wer dort öffentlich isst oder trinkt, muss mit Strafen rechnen: Religiöse Praxis ist nicht nur Glaubenssache, sondern politisches Machtinstrument. Der Ramadan wird zum Gradmesser der Loyalität gegenüber einem System, das Andersdenkende brutal unterdrückt.

Christen in muslimischen Ländern unter Druck

Und noch etwas gehört zur Wahrheit: Für viele Christen in mehrheitlich muslimischen Ländern ist der Fastenmonat keine Zeit besinnlicher Spiritualität, sondern erhöhter Anspannung. Hilfswerke wie „Open Doors“ berichten Jahr für Jahr von wachsendem Druck, verstärkter Überwachung und zunehmenden Übergriffen in dieser Zeit. Wer sich nicht am Fasten beteiligt oder geheim als Konvertit lebt, gerät leichter ins Visier. Hauskirchen sagen Treffen ab, Christen vermeiden öffentliche Sichtbarkeit aus Angst vor Denunziation.

Islamische Religionspolizei in Deutschland

Und auch in Deutschland wächst der Druck. Lehrer berichten, dass gläubige Jugendliche Mitschüler bedrängen, sich an das Fastengebot zu halten. Der Leiter des Zentrums für Islamische Theologie der Universität Münster, Mouhanad Khorchide, warnt gegenüber der Katholischen Nachrichten-Agentur: „Manche Jugendliche spielen dann eine Art Religionspolizei.“ Khorchide weiter: „Sie werten Mitschüler ab, die nicht fasten wollen oder können, setzen sie emotional unter Druck oder mobben sie mit Sätzen wie: ‚Was für ein Muslim bist du?‘“

Für Muslime beten

All das blendet die deutsche Ramadan-Romantik aus. Wer hier gratuliert, sollte die gesamte Wirklichkeit im Blick behalten: die Religionsfreiheit der Muslime, eine Instrumentalisierung des Ramadans durch den politischen Islam auch in Deutschland und die fehlende Religionsfreiheit von Christen in islamisch geprägten Staaten. Zu meiner Religionsfreiheit als Christ zählt übrigens auch, dass ich dafür beten darf, dass Muslime Jesus Christus kennenlernen. Etwas, das die Kirchen in ihren Ramadan-Botschaften komplett vermissen lassen. Aber vielleicht kehrt der ein oder andere dazu um – es ist ja schließlich auch Passionszeit.

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]